

Rheinbach unter den Rettungsschirm? Zur Lage der städtischen Finanzen:



Um was geht es?

Auch in der städtischen Finanzpolitik kann auf Dauer nicht gewirtschaftet werden als in einem Privathaushalt. Wir können auf mehr ausgeben als wir einnehmen!

anders
Dauer nicht

Wie sind die Fakten?

Rheinbach hat in Sachen Verschuldung die rote Laterne im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis. Jeder Rheinbacher Bürger ist mit 3.800 Euro verschuldet. In Meckenheim ist es nur die Hälfte.

Ende 2014 wird Rheinbach mit 115,2 Mio. € in der Kreide stehen, alleine in diesem Jahr wachsen die Schulden um weitere 8,2 Mio. Euro. Und das trotz massiver Erhöhungen der kommunalen Grund- und Gewerbesteuern und sprudelnder gesamtstaatlicher Steuereinnahmen. Wir zahlen 2,7 Mio. Euro an Zinsen jährlich. Das ist Geld, das an anderer Stelle fehlt.

Eigenkapital und Vermögen Rheinbachs sinken seit 2009 von rd. 103 Mio. Euro auf rd. 53,5 Mio. Euro Ende 2014. Bürgermeister und die haushaltstragenden Fraktionen von CDU und FDP haben es also geschafft, das Vermögen der Stadt binnen sechs Jahren nahezu zu halbieren. Und auch in den kommenden Jahren soll es weiter abwärts gehen, bis Ende 2020 soll das Eigenkapital auf nur noch 25 Mio. Euro sinken.

Den Substanzverlust können wir alle täglich erleben, sei es auf den Rheinbacher Straßen, in den Turnhallen unserer Schulen oder in manchen Ortsteilen rund um die Kernstadt. Sah der städtische Haushalt 2012 noch 1,7 Mio. Euro für die Gebäudeunterhaltung vor, sind für 2014 nur noch 860.000,- Euro eingeplant. Wozu es führt, wenn man die Bausubstanz nicht pflegt und erhält, sieht man tagtäglich auf unseren Straßen, auch denen Rheinbachs.

Was muss sich ändern?

Wir brauchen einen Kassensturz mit einer schonungslosen Analyse der Lage und Aufdeckung aller Risiken der nächsten Jahre. Wir wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern den Dialog suchen, um mit einer soliden Finanzplanung Rheinbach auch fiskalisch wieder auf eigene Füße zu stellen.

Das Finanzabenteuer Monte Mare werden wir beenden. Ein Schwimmbad muss sein, aber nicht zu den von CDU und FDP ausgehandelten Konditionen zu Lasten der Steuerzahler!